

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AANO:

## Nazi-Trio ermordet Ausländer – und wer gilt als Opfer? Deutschland und seine Staatssicherheit

Vortrag & Diskussion

Referent: Prof. Freerk Huisken, Universität Bremen

Dienstag, 14. Februar 2012, 19 Uhr · Universität Hamburg,  
Philosophenturm, Hörsaal D, Von-Melle-Park 6

Da ziehen drei Neonazis mehr als zehn Jahre lang durch Deutschland und ermorden vom Untergrund aus neun Ausländer und eine Polizistin. Parteien und Medien geben sich völlig überrascht davon. An die ganz große Glocke wurden diese Mordfälle gehängt, und zwar von der Politik und der Öffentlichkeit. Bis heute macht das Thema „brauner Terror“ vom November Schlagzeilen. Das ist einerseits merkwürdig, denn Hass von Neonazis auf Ausländer hat wirklich nicht zum ersten Mal zu Toten und Verletzten führt. Die Antonio-Amadeo-Stiftung hat seit 1990 bereits 182 Naziopfer gezählt. Doch nie waren Entsetzen und Schrecken so groß wie heute.

\*

Andererseits ist das gar nicht so merkwürdig: Denn die nationale Aufregung gilt nicht in erster Linie den Opfern des ausländerfeindlichen Hasses. So druckste Merkel: „Die Mordserie ist eine Schande, das ist beschämend für Deutschland.“ Und die einstimmig verabschiedete – ein Novum! – Bundestagsentschließung verdeutlicht: „Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des NS-Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Lande eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt!“ Gelitten hat so gesehen Deutschlands Ansehen! Erstes Opfer ist Deutschland! Denn so etwas gehört nicht – mehr - zu Deutschland, behauptet die Riege deutscher Politiker.

Und noch ein zweites Opfer wird rauf und runter beklagt. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Börner, kann kaum an sich halten: „Ich bin zutiefst bestürzt darüber, dass offenkundig rassistisch motivierte Serientäter jahrelang in Deutschland unbehelligt (!) Verbrechen begehen konnten. Welche Rolle spielten die Sicherheitsbehörden?“ Von einer „Niederlage für die Sicherheitsbehörden“ spricht auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Chefkommentator Prantl von der Süddeutschen eskaliert die Niederlage zum „Staatsversagen“, gar zur „Staatskrise“. Das zweite Opfer ist für Parteien und Presse also die nationale Staatssicherheit.

\*

Zwar entschuldigt sich die nationale Führung bei den Familien der Ermordeten dafür, dass die Sicherheitsbehörden jahrelang die Morde im „türkischen Milieu“ angesiedelt, also Drogenkriege, Schutzgelderpressung oder Ehrenhändel als Motive vermutet hatten. Man plant eine kleine finanzielle Wiedergutmachung und lädt zum Bundespräsidenten ein. Doch fällt das unter demonstrative staatsmoralische Bringschuld – vornehmlich an die Adresse des Auslands: Zu seinem „Nie wieder!“ steht Deutschland, wird da verkündet. Da muss der türkische Ministerpräsident Erdogan gar nicht erst intervenieren!

\*

Allerdings bleiben ein paar Fragen offen, die nicht von öffentlichem Interesse sind:

- Ausländerhass soll nicht zu Deutschland gehören, wo ihn deutsche Politiker seit Jahren mit den bekannten Sprüchen - „Das Boot ist voll!“, „Kinder statt Inder!“, „Nur Ausländer, die uns nützen, dürfen bleiben!“ - anheizen?

- Ausländerfeindlicher Patriotismus soll Deutschland fremd sein, wo sich Deutschland im Verbund mit den europäischen „Partnern“ darum sorgt, ob auch die Mauer um Europa wirklich alle „Wirtschaftsflüchtlinge“ fernhält?

- Wie mutiert der gewünschte und geförderte Patriotismus mit einer gewissen Regelmäßigkeit zum diskreditierten, mörderischen Nationalismus und Rassismus? Warum führen manche Leute aus Vaterlandsliebe Krieg gegen Ausländer und sogar den Staat in ihrem Land?

- Wozu braucht eigentlich unsere freiheitliche Gesellschaft eine – nicht so genannte – Stasi? Und warum gehören zur Demokratie Parteienverbote?

- Was soll uns die öffentliche Klage über ein „Versagen der Sicherheitsorgane“ sagen, was wird da – neuerdings - verlangt an Durchgriffsmacht des Staates, trifft die Rede von der „Blindheit auf dem rechten Auge“ überhaupt das, was so alles berichtet wird über die bisherige Staatsschutzpraxis gegenüber den „rechten Rändern“?

Diese und andere Fragen sollen am 14. Februar geklärt werden.

## Wir empfehlen den Jour fixe des GEGENSTANDPUNKT

## Das „pazifische Jahrhundert der USA“ Der Imperialismus der gewandelten Führungsmacht

1.

„Wir sind wieder zurück!“ resümiert Obama den APEC-Gipfel 2011. Waren die USA aus dem „asiatisch-pazifischen Raum“ jemals verschwunden? Und was heißt „Rückkehr“ bei einer Macht, die sich dort nicht als Teilnehmer neben vielen anderen Staaten anmeldet, sondern unübersehbar ins Zentrum der „wiederentdeckten“ Weltgegend stellt und ihr die entscheidende Rolle für die „Zukunft“ Amerikas zuweist? Wer könnte diesen weltpolitischen Bedeutungszuwachs zurückweisen?

2.

Die Staaten der Pazifikregion stellen für Amerikas „Zukunft“ ein riesiges Wachstumspotenzial dar. Allen voran China, das mit seinen Exporterfolgen und Dollareinnahmen wie das Spiegelbild zum amerikanischen Leiden erscheint: Die USA stecken gründlich in der Krise und kommen nicht heraus, während China mit den auf dem amerikanischen Heimatmarkt verdienten Dollars seine Wachstums- und Finanzmacht stetig ausbaut – und darüber die USA in eine Abhängigkeit geraten, die sie um ihre politische Handlungsfreiheit fürchten lässt: Wenn China das „Recycling“ seiner Billionen \$ in amerikanische Staatsschulden zunehmend skeptischer beurteilt und in größerem Stil als jetzt Alternativen bevorzugt, was dann?

3.

Das soll umgedreht und Amerika wieder zu der ökonomischen Machtgröße werden, die ihm seit Jahrzehnten seine Sonderstellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft gesichert hat. Derartige *Herausforderungen* nehmen die USA gleich als Herausforderung an ihre *Führungsmacht*, die sich nicht mit kleinlichen Regelungen aufhält, sondern wie jetzt in der pazifischen Staatenwelt für eine *Neuordnung* tätig wird. Dabei kommt der bislang kaum bekannten „Trans Pacific Economic Strategic Partnership“ (TTP) eine entscheidende Rolle zu: Aus ihr soll nach Obamas Willen eine Wirtschaftsunion werden, in der sich alle Teilnehmer auf die Marktwirtschaft als Regelungsprinzip ihrer Konkurrenz verpflichten und auf ihren Standorten alles das einreißen, was die Freiheit überlegener US-Kapitale einschränkt.

4.

In Richtung China fährt Obama dabei doppelgleisig: Als *antimarktwirtschaftliches* System darf es vorerst nicht in die TTP; als *Großmacht*, deren „Entwicklung“ aus US-Sicht als abgeschlossen gilt, soll sie „Verantwortung“ übernehmen: nämlich sich so gründlich umstellen, wie es die projektierte Ordnung der „partnership“ verlangt, ist es willkommen! Mit seinem Angebot –

Respekt für Chinas Aufstieg in die Welt der großen Wirtschaftsmächte gegen Einordnung ins gültige Regelwerk des Weltmarkts – will Obama den wachstumsstarken Rivalen nicht aus-, sondern dem amerikanischen Kapitalwachstum viel mehr als bisher erschließen. Und trägt mit *seiner Konfrontation* gegen China jede Menge Konfliktstoff in die TTP-Staaten, die mit dem „Reich der Mitte“ schon längst ihre mehr oder weniger gewichtigen Geschäfte am Laufen haben.

5.

Auch auf der gehobenen Ebene der *strategischen* Führung gerät China zur zentralen Herausforderung für die USA. Die sehen ihr faktisches *Kontrollmonopol* über den „pazifischen Raum“ bedroht, wenn China seinen ökonomischen Machtzuwachs in steigende Ansprüche seiner Sicherheit umsetzt und sich die einschlägigen Fähigkeiten zulegt. Der mit Abstand fürchterlichsten Militärmacht reicht es da schon, wenn sie in China allenfalls das Potenzial einer „asymmetrischen Störung“ ihres ungehinderten Zugangs in jeden Winkel des „pazifischen Raums“ zuspricht, um einzuschreiten: Obama sagt die *Einhegung* Chinas an – mit einer *Aufrüstungswelle*, die manchen der pazifischen Anrainer eine neue Front des „Wettrüstens“ und der „Blockkonfrontation“ befürchten lässt. Auch das schöne Ausblicke ins „pazifische Jahrhundert der USA“!

**Dienstag, 20. März 2012, 19.30 Uhr · Werkhof, Gaußstr. 25/Ecke Nernstweg**

**Der angekündigte Jour fixe am Dienstag, 21.2., entfällt!**

### Arbeitskreis FORUM GEGENARGUMENTE /AANO

Im AK „FORUM GEGENARGUMENTE“ werden aktuelle und grundlegende Themen aus Politik, Wirtschaft, (Aus)bildung und anderen Gesellschaftsbereichen diskutiert. Zur Debatte stehen also System und Alltag unseres kapitalistisch bestimmten Gemeinwesens und seiner demokratischen Ordnung. Wer sich diese nicht von in Öffentlichkeit und Wissenschaft verbreiteten Ideologien schönfärben lassen, sondern wissen will, wie und zu welchem Zweck unsere gesellschaftlichen Verhältnisse eingerichtet sind und wie sie funktionieren, ist herzlich eingeladen zu den nächsten Terminen, auf denen folgende Themen vorgesehen sind:

**Mi, 15.2., 18.30 Uhr – Brauner Terror**

**Mi, 29.2., 18.30 Uhr – Facebook**

**Ort: Universität Hamburg, Allende-Platz 1, Pferdestall, R 104**